Sicherung des Wissenschaftsstandorts Deutschland erörtert

Datum	15.10.2026
Subjekt	Deutscher Bundestag
Region	Deutschland
Kategorie	Politik, Wissenschaft und Forschung, Sicherheit

Der Bundestag hat am Donnerstag, 15. Oktober 2026, erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Wissenschaftsspionage eindämmen und bekämpfen – Den Wissenschaftsstandort Deutschland sichern“ (21/8554(Dokument, öffnet ein neues Fenster)) debattiert. Nach 20-minütiger Aussprache wurde der Antrag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung.

Antrag der AfD

In dem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Wissenschaft besser vor Spionage zu schützen. So sollen unter anderem Bund und Länder künftig zusammenarbeiten, „um ein einheitliches Lagebild zu gewährleisten“. Außerdem solle eine Liste erstellt werden, aus der hervorgehe, bei welchen internationalen Kooperationspartnern Sicherheitsbedenken vorlägen und welche Forschungseinrichtungen, Institute, Hochschulen und Forscher als nicht vertrauenswürdig eingestuft würden.

Anlass des Antrags sind laut Fraktion Fälle von mutmaßlicher Wissenschaftsspionage in jüngster Zeit. Der „gravierendste“ Vorfall habe sich dabei mutmaßlich am Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit CISPA ereignet. Dort hätten ganze Forschungsgruppen fast ausschließlich aus Forschern mit chinesischer Staatsbürgerschaft bestanden. Eine Sonderprüfung habe mittlerweile ergeben, dass der Abfluss sicherheitsrelevanter Erkenntnisse am CISPA jederzeit möglich gewesen sei. (des/vom/15.10.2026)

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw42-de-wissenschaftsspionage-1224506